

De regeringscommissaris moet uitgenodigd worden om aan die vergadering op afstand deel te nemen.

§ 2 - Met behoud van de toepassing van § 1 kunnen de raden van bestuur ook teruggrijpen op een schriftelijke procedure via elektronische communicatie en dit voor alle beslissingen die binnen hun bevoegdheid vallen. Beslissingen die via een schriftelijke procedure tot stand komen, moeten met eenparigheid van stemmen worden genomen.

De raden van bestuur leggen in hun huishoudelijk reglement vast hoe de schriftelijke procedure via elektronische communicatie precies verloopt.”

### Hoofdstuk 3. — Slotbepaling

**Art. 8.** Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

In afwijking van het eerste lid hebben artikel 2 en artikel 7 uitwerking met ingang van 26 maart 2020.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 27 april 2020.

O. PAASCH

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President, Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2019-2020

Parlementaire stukken: 69 (2019-2020) Nr. 1 Voorstel van decreet

69 (2019-2020) Nr. 2 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 27 april 2020 - Nr. 11 Bespreking en aanneming

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/202116]

30. APRIL 2020 — Erlass der Regierung Nr. 4 zur Einführung einer Zuschussgarantie und einer Liquiditätssteigerung für Zuschussempfänger in Ausführung von Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020

### Bericht an die Regierung

#### 1. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Im Kontext der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 6. April 2020 das Krisendekret 2020 verabschiedet. Dieses sieht mehrere Maßnahmen vor, um die Handlungsfähigkeit der Behörden auf Kommunal- und Gemeinschaftsebene zu sichern. Am 27. April 2020 verabschiedete das Parlament ein weiteres Dekret, das weitere Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise umfasste. Neben besonderen Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungspolitik oder der Pflegeberufe wurden hierbei auch die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft geförderten oder bezuschussten Angebote und Dienstleistungen berücksichtigt.

Bekanntlich sind eine Vielzahl von Einrichtungen, Organisationen, VoGs oder Ähnliches - insbesondere im Bereich des nicht kommerziellen Sektors - von der Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft abhängig. Diese Zuschüsse sind selbstverständlich an Bedingungen quantitativer oder qualitativer Art geknüpft und dürfen im Regelfall nur dann ausgezahlt werden, wenn diese Bedingungen eingehalten werden. Da es unter den aktuellen Umständen für viele dieser Einrichtungen - vor allem aufgrund der föderalen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus - unmöglich sein wird, gewisse dieser Bedingungen einzuhalten, stehen diese vor einem unmittelbaren Existenzaus, wenn die Anwendung der Zuschussbedingungen nicht übergangsweise gelockert wird.

Insbesondere um in diesem Zusammenhang möglichst zeitnah und effizient handeln zu können, räumt Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 der Regierung entsprechende Sondervollmachten ein. Diese werden durch den vorliegenden Erlass ausgeübt. Um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern und die teilweise in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Einrichtungen zu unterstützen, beschließt die Regierung demnach eine Reihe finanzieller Soforthilfen:

- Zuschussgarantie (Artikel 1 des vorliegenden Erlasses)
- Liquiditätssteigerung (Artikel 2 des vorliegenden Erlasses)
- Corona-Hilfsfonds für Einnahmeausfälle und Mehrausgaben (Artikel 7 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020)

Auch wenn aus Gründen der Dringlichkeit auf ein Gutachten des Staatsrats verzichtet werden soll, wird der vorliegende Bericht an die Regierung aufgrund einer Empfehlung erstellt, die der Staatsrat gegenüber der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt äußerte:

“Conformément à l'article 3bis, § 1<sup>er</sup>, des lois coordonnées sur le Conseil d'État, les arrêtés royaux « qui peuvent abroger, compléter, modifier ou remplacer les dispositions légales en vigueur » sont publiés avec l'avis du Conseil d'État, section de législation, et un rapport au Roi.

Cette disposition n'est pas applicable aux arrêtés du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale. Il est pourtant utile que l'arrêté envisagé soit accompagné d'un rapport au gouvernement, précisant la portée et les effets concrets de la réglementation qui y est contenue. Une telle précision bénéficiera tant au citoyen qu'aux services du pouvoir exécutif, ainsi qu'au Parlement de la Région de Bruxelles-Capitale lorsque, conformément à l'article 4, § 2, de l'ordonnance du 19 mars 2020, il devra procéder à sa confirmation.

Plus particulièrement, pareil rapport permettra de répondre aux observations formulées ci-après. De même, certains considérants qui figurent actuellement dans le préambule du projet, pourront y être insérés." (Gutachten Nr. 67.146/1 vom 27. März 2020)

Diese Empfehlung ist auch auf die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragbar, sodass dem Rechnung getragen wird.

## 2. KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

### Artikel 1

Dieser Artikel betrifft die Zuschussgarantie. Die Absage öffentlicher Veranstaltungen, das Verbot bestimmter Aktivitäten, die Auflagen zur sozialen Distanzierung und die Schließung von Einrichtungen stellen viele Träger vor große organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Zumindest zuschusstechnisch soll aber keinem geförderten Träger aufgrund der Corona-Krise ein Nachteil entstehen. Daher wird die Deutschsprachige Gemeinschaft die zugesagten Zuschüsse garantieren.

Durch Anpassungen der Zuschussverfahren wird Sicherheit für geförderte Organisationen geschaffen:

- Bereits genehmigte Zuschüsse werden garantiert ausgezahlt, wenn Aktivitäten und Projekte wegen der Corona-Krise abgesagt oder verschoben werden müssen bzw. die Vereinigungen ihren Betrieb nur eingeschränkt oder gar nicht führen können.

- Für alle Aktivitäten, die wegen der Corona-Krise abgesagt werden müssen, gilt, dass alle Ausgaben und Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit der Aktivität eingegangen worden sind oder bereits getätigt wurden, annehmbar sind.

- Die üblicherweise für den Erhalt von Zuschüssen geltenden Bedingungen werden, da wo es aufgrund der Folgen der Corona-Krise erforderlich ist, gelockert.

#### § 1 - Grundsatz

Die Zuschussgarantie kann unabhängig davon zum Tragen kommen, ob ein Zuschuss auf Grundlage eines Dekrets bzw. Gesetzes im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eines Erlasses mit Verordnungsscharakter, eines Geschäftsführungsvertrags, einer Zuschusskonvention oder eines Erlasses mit individueller Tragweite gewährt wurde.

Wichtig ist der Grundsatz, dass die Zuschussgarantie dann greift, wenn Gewährungs- oder Auszahlungsbedingungen für einen beantragten Zuschuss aufgrund der föderalen Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise nicht eingehalten werden können. Dies schließt ggf. auch die mittel- und langfristigen Folgen der Corona-Krise mit ein. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um einen strukturellen Zuschuss, d. h. einen Zuschuss für Personal- und Funktionskosten, oder einen Einzelzuschuss (z. B. für ein Projekt, eine Weiterbildung oder einen Ausrüstungsgegenstand) handelt.

Für die Zuschussgarantie werden ausschließlich ab dem 10. März 2020 eingetretene Situationen berücksichtigt. Wenn sich die Kosten oder die Reduzierung von Aktivitäten nachweislich auf die Corona-Krise zurückführen lassen, können diese auch noch für den Zeitraum, nachdem die Corona-Maßnahmen aufgehoben sind, geltend gemacht werden.

#### § 2 - Prüfmodus

Es muss kein ausdrücklicher Antrag auf Zuschussgarantie gestellt werden. Die Zuschussgarantie kommt von Amtswegen bei der gewöhnlichen Zuschusskontrolle zur Anwendung: Wird hier festgestellt, dass die Zuschussbedingungen nicht eingehalten worden sind, wird geprüft, inwiefern dies auf die Corona-Einschränkungen zurückzuführen ist. Ist dies der Fall, greift die Zuschussgarantie.

Handelt es sich um einen Zuschuss, der anhand von Ausgaben belegt werden muss, gilt, dass alle Ausgaben und Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit der Aktivität eingegangen worden sind oder bereits getätigt wurden, als Beleg annehmbar sind. Es ist selbstredend, dass hierbei nur tatsächlich getätigte Ausgaben oder eingegangene Verpflichtungen berücksichtigt werden. Dieser Grundsatz relativiert sich lediglich in den Fällen, in denen die Zuschüsse anhand von Pauschalen gewährt werden und in denen demnach die effektiven Ausgaben ohnehin nicht geltend gemacht werden können.

Die Einrichtungen, die strukturelle Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten erhalten, belegen ihre Tätigkeiten nicht nur auf Grundlage annehmbarer Ausgaben, sondern müssen darüber hinaus inhaltliche, qualitative und quantitative Vorgaben erfüllen. Es handelt sich dabei meistens um Einrichtungen des nicht kommerziellen Sektors, die wichtige Dienstleistungen für die ostbelgische Bevölkerung erbringen. Um die öffentliche Daseinsvorsorge weiterhin zu gewährleisten, liegt das besondere Augenmerk der Regierung auf diesen Organisationen. Daher wird im Sommer eine vorgezogene Zwischenprüfung erfolgen, um ein erstes Gesamtbild darüber zu erhalten, wie sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise inhaltlich und strukturell auf diese Organisationen ausgewirkt haben. Diese Zwischenprüfung bildet die Grundlage zur Entscheidung über weiterführende lang- und mittelfristige Maßnahmen zur Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zum Erhalt des nicht kommerziellen Sektors. Analog zu dieser vorgezogenen, besonderen Begleitung der Organisationen in Folge der Corona-Krise werden die Organisationen im Jahr 2021 auch nicht den üblichen Tätigkeitsbericht einreichen müssen.

#### § 3 - Zuschusstechnische Tilgung des Kalenderjahrs 2020

Paragraf 3 dieses Artikels sieht die zuschusstechnische Tilgung des Kalenderjahrs 2020 in zwei besonders relevanten Bereichen vor.

a) *Personalkosten*: Mit den finanziellen Corona-Hilfen möchte die Deutschsprachige Gemeinschaft besonders die Arbeitnehmer schützen und ist bereit, eventuelle Lohneinbußen über Zuschüsse auszugleichen.

Für bestimmte systemrelevante Sektoren wie etwa die Kinderbetreuung garantiert die Deutschsprachige Gemeinschaft die Lohnfortzahlung für das Personal (siehe Erlass der Regierung vom 9. April 2020 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung). In einigen Bereichen ist die Weiterbeschäftigung aufgrund der föderalen Corona-Vorgaben oder aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich. In diesen Fällen kann auf die zeitweilige Arbeitslosigkeit zurückgegriffen werden. Wenn ein Arbeitgeber demnach die Differenz, die zwischen Arbeitslosengeld und ursprünglichem Nettolohn liegt, aus Eigenmitteln ausgleicht, werden diese Ausgaben über die Zuschussverfahren als annehmbare Belege anerkannt.

Die Entscheidung, ob dieser Ausgleich gezahlt wird, liegt beim Arbeitgeber. Die Zuschussempfänger sind aber grundsätzlich dazu angehalten, die finanziellen Unterstützungsformen anderer Gebietskörperschaften wie die zeitweilige Arbeitslosigkeit zu nutzen.

Weitere Zusatzprämien werden über die Zuschussverfahren nicht angenommen.

b) *Förderzeiträume*: In einigen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden strukturell bezuschussten Trägern mehrjährige Förderungen für einen festen Förderzeitraum gewährt. Bevor die Regierung eine solche Förderung zusagt, durchlaufen die Antragsteller ein Verfahren, in dessen Verlauf die Einhaltung gewisser quantitativer und qualitativer Bedingungen in den Vorjahren geprüft wird. Für diese Einstufungen wird das Kalenderjahr 2020 getilgt, um zu gewährleisten, dass sich die Folgen der Corona-Krise zuschusstechnisch nicht noch Jahre lang auswirken.

#### Artikel 2

Dieser Artikel betrifft die Liquiditätssteigerung. Bei Bedarf können Organisationen, denen die Deutschsprachige Gemeinschaft einen Zuschuss für Personal- und Funktionskosten auszahlt, beantragen, dass die monatlichen Teilzahlungen des 2. Quartals 2020, d. h. April, Mai und Juni, in einer Tranche ausgezahlt werden. Dies kann ihnen, kurzfristig über eventuelle Liquiditätsengpässe hinweghelfen. Es handelt sich um die vorgezogene Auszahlung bereits genehmigter Zuschüsse.

Auf diese Maßnahme können alle von der Deutschsprachigen Gemeinschaft strukturell bezuschussten Organisationen zurückgreifen. Es handelt sich um alle Organisationen und Einrichtungen, die im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig sind und für diese Tätigkeiten im Jahr 2020 Zuschüsse oder Dotationen für Funktions- und Personalkosten erhalten.

Um die monatlichen Teilzahlungen für April-Juni in einer Tranche zu erhalten, ist der Antrag bis zum 20. April 2020 zu stellen; für die Teilzahlungen Mai-Juni bis zum 20. Mai 2020.

#### Artikel 3

Der vorliegende Erlass wird aufgrund von Sondervollmachten verabschiedet. Gemäß Artikel 5.1 § 3 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 muss er innerhalb von sechs Monaten durch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestätigt werden. Im Hinblick auf eine größtmögliche Transparenz wird der Erlass auch unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments übermittelt.

#### Artikel 4

Diese Bestimmung legt das Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses fest. Um alle Situationen, die unmittelbar mit der Corona-Krise in Verbindung stehen, abdecken zu können, soll er rückwirkend zum 10. März 2020 in Kraft treten. Eine solche Rückwirkung ist aus den dargelegten Gründen erforderlich und wird durch Artikel 5.1 § 2 Absatz 2 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 gestattet.

#### Artikel 5

Dieser Artikel betrifft die Durchführungsbestimmung des vorliegenden Erlasses.

Der Ministerpräsident

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

### 30. APRIL 2020 — Erlass der Regierung Nr. 4 zur Einführung einer Zuschussgarantie und einer Liquiditätssteigerung für Zuschussempfänger in Ausführung von Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen, Artikel 11 bis 14;

Aufgrund des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020, Artikel 5.1, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 23. April 2020;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Föderalregierung am 13., 18. und 23. März sowie am 3. und 17. April 2020 auf Anraten des Nationalen Sicherheitsrates im Kontext der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise außerordentliche Maßnahmen ergriffen hat, die weitreichende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben haben; dass hiermit verbundenen Einschränkungen dazu führen, dass zahlreiche Einrichtungen und Organisationen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst werden, ihre Aktivitäten absagen mussten und ihre Arbeit nicht im geplanten Umfang aufrechterhalten können; dass somit in einer Vielzahl von Bereichen die zugrundeliegenden Zuschussbedingungen nicht eingehalten werden können; dass diese Einrichtungen und Organisationen vor einem unmittelbaren Existenzaus stehen, wenn die Anwendung der Zuschussbedingungen nicht umgehend übergangsweise gelockert wird, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

In der Erwägung, dass Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2020, der Regierung die Möglichkeit eröffnet, aufgrund von Sondervollmachten alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Bedingungen, Modalitäten und Verfahren für die Gewährung, die Nachweiserbringung, die Auszahlung und die Kontrolle von Zuschüssen, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährt werden, entsprechend anzupassen;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1 - § 1** - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen und in Abweichung von allen Bestimmungen in den Dekreten bzw. Gesetzen im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Erlassen mit Verordnungskarakter, Geschäftsführungsverträgen, Zuschusskonventionen und Erlassen mit individueller Tragweite zur Gewährung von Zuschüssen und zur Festlegung der entsprechenden Bedingungen, der Zweckbestimmung, der Nachweiserbringung und der Kontrollmodalitäten kommen die Begünstigten auch dann in den Genuss eines beantragten Zuschusses, wenn sie die Gewährungs- oder Auszahlungsbedingungen nicht einhalten können.

Absatz 1 ist nur dann anwendbar, wenn der Begünstigte unmittelbar aufgrund der Epidemie oder Pandemie des Coronavirus (COVID-19) oder der entsprechenden Auswirkungen nicht in der Lage ist, eine oder mehrere Gewährungs- oder Auszahlungsbedingungen für einen beantragten Zuschuss einzuhalten. Hierbei werden ausschließlich ab dem 10. März 2020 eingetretene Situationen berücksichtigt.

§ 2 - Die Prüfung, ob die Bedingung gemäß § 1 Absatz 2 eingehalten wird, erfolgt von Amtswegen und unter Berücksichtigung jedes rechtlichen Mittels, und zwar spätestens:

1. bei Zuschüssen für Funktions- und Personalkosten, die im Haushaltsjahr 2020 ausgezahlt werden sollen, bis zum 31. August 2020, unbeschadet der Möglichkeit einer fortlaufenden quartalsmäßigen Prüfung;

2. bei allen anderen Zuschüssen zu dem in den zugrundeliegenden Bestimmungen festgelegten Zeitpunkt der gewöhnlichen Zuschusskontrolle.

Der Begünstigte reicht spontan oder auf Anfrage alle Unterlagen ein, die im Rahmen der Prüfung als Beleg angeführt werden können, insbesondere wenn der Zuschuss gemäß den zugrundeliegenden Bestimmungen anhand von getätigten Ausgaben belegt werden muss.

§ 3 - Erhält der Begünstigte im Rahmen einer mehrjährigen Förderung einen Zuschuss für Funktions- und Personalkosten und ist dieser an die Einhaltung von Gewährungs- oder Auszahlungsbedingungen gebunden, deren Einhaltung über einen mehrjährigen Zeitraum zu erbringen ist, wird das Haushaltsjahr 2020 getilgt.

Erhält der Begünstigte einen Zuschuss für Personalkosten und ist dieser an die Einhaltung eines bestimmten Stellenkapitals gebunden, wird das Haushaltsjahr 2020 getilgt.

**Art. 2** - In Abweichung von Artikel 104 § 1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann der Empfänger von Zuschüssen für Funktions- und Personalkosten eine vorgezogene Auszahlung der Zwölfstel des zweiten Quartals 2020 beantragen.

Der formlose Antrag wird:

1. um die Zwölfstel für die Monate April, Mai und Juni zu erhalten, bis zum 20. April 2020 eingereicht;

2. um die Zwölfstel für die Monate Mai und Juni zu erhalten, bis zum 20. Mai 2020 eingereicht.

**Art. 3** - Gemäß Artikel 5.1 § 3 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 wird der vorliegende Erlass unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

**Art. 4** - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 10. März 2020 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 tritt Artikel 3 am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Erlasses in Kraft.

**Art. 5** - Die Minister sind, jeder für seinen Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 30. April 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

H. MOLLERS

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/202116]

**30 AVRIL 2020. — Arrêté du Gouvernement n° 4 instaurant une garantie de subventionnement et une augmentation de liquidités pour les bénéficiaires de subventions en application de l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020**

### Rapport au Gouvernement

#### 1. EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Dans le contexte de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19), le Parlement de la Communauté germanophone a adopté, le 6 avril 2020, le décret de crise 2020. Ce dernier prévoit plusieurs mesures pour garantir la capacité d'action des autorités communales et communautaires. Le 27 avril 2020, le Parlement a adopté un autre décret qui prévoit des mesures supplémentaires pour atténuer les conséquences économiques de la crise provoquée par le coronavirus. Outre des mesures spécifiques dans le domaine de la politique de l'emploi ou des professions de soins de santé, il a été ainsi tenu compte des offres et des services subventionnés ou soutenus par la Communauté germanophone.

Il est notoire qu'un grand nombre d'établissements, d'organisations, d'associations sans but lucratif ou d'autres établissements similaires, en particulier dans le secteur non marchand, dépendent du subventionnement de la Communauté germanophone. Ces subventions sont naturellement subordonnées à des conditions quantitatives ou qualitatives et ne peuvent normalement être liquidées que si ces conditions sont respectées. Étant donné que, dans les circonstances actuelles, il sera impossible pour bon nombre de ces établissements de respecter certaines de ces conditions, en particulier en raison des mesures fédérales visant à limiter la propagation du coronavirus, leur existence est directement menacée si l'application des conditions de subventionnement n'est pas assouplie à titre transitoire.

C'est en particulier pour pouvoir agir le plus rapidement possible et de manière efficace dans ce contexte que l'article 5.1 du décret de crise 2020 confère au Gouvernement des pouvoirs spéciaux appropriés. Ces pouvoirs sont exercés par le biais du présent arrêté. Afin d'atténuer les conséquences financières de la crise provoquée par le coronavirus et de soutenir les établissements dont l'existence économique est partiellement menacée, le Gouvernement a fixé un certain nombre d'aides financières d'urgence :

- garantie de subventionnement (article 1<sup>er</sup> du présent arrêté);



- augmentation des liquidités (article 2 du présent arrêté);
- Fonds d'aide Corona pour les pertes de recettes et les dépenses supplémentaires (article 7 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020).

Même si, pour des raisons d'urgence, il convient de renoncer à l'avis du Conseil d'État, le présent rapport au Gouvernement est établi sur la base d'une recommandation formulée par le Conseil d'État au Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale :

« Conformément à l'article 3bis, § 1<sup>er</sup>, des lois coordonnées sur le Conseil d'État, les arrêtés royaux "qui peuvent abroger, compléter, modifier ou remplacer les dispositions légales en vigueur" sont publiés avec l'avis du Conseil d'État, section de législation, et un rapport au Roi.

Cette disposition n'est pas applicable aux arrêtés du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale. Il est pourtant utile que l'arrêté envisagé soit accompagné d'un rapport au gouvernement, précisant la portée et les effets concrets de la réglementation qui y est contenue. Une telle précision bénéficiera tant au citoyen qu'aux services du pouvoir exécutif, ainsi qu'au Parlement de la Région de Bruxelles-Capitale lorsque, conformément à l'article 4, § 2, de l'ordonnance du 19 mars 2020, il devra procéder à sa confirmation.

Plus particulièrement, pareil rapport permettra de répondre aux observations formulées ci-après. De même, certains considérants qui figurent actuellement dans le préambule du projet, pourront y être insérés. » (Avis n° 67.146/1 du 27 mars 2020)

Cette recommandation étant transposable à la Communauté germanophone, il en est tenu compte.

## 2. COMMENTAIRE DES ARTICLES

### Article 1<sup>er</sup>

Cet article concerne la garantie de subventionnement. L'annulation d'événements publics, l'interdiction de certaines activités, les contraintes de distanciation sociale et la fermeture d'établissements posent de grands défis organisationnels et financiers à de nombreux pouvoirs organisateurs. Toutefois, aucun pouvoir organisateur soutenu ne devrait être pénalisé en raison de la crise provoquée par le coronavirus, tout du moins au niveau du subventionnement. C'est pourquoi la Communauté germanophone garantira les subventions promises.

Adapter les procédures de subventionnement offre une garantie pour les organisations soutenues :

- les subventions déjà approuvées sont garanties lorsque des activités et des projets doivent être annulés ou reportés en raison de la crise provoquée par le coronavirus ou, selon le cas, que les associations ne peuvent mener leurs activités que de manière limitée, voire pas du tout;
- pour toutes les activités qui doivent être annulées en raison de la crise provoquée par le coronavirus, toutes les dépenses déjà engagées et tous les engagements déjà pris dans le cadre de ladite activité sont considérés comme acceptables;
- les conditions généralement applicables à l'obtention de subventions sont assouplies, là où c'est nécessaire en raison des conséquences de la crise provoquée par le coronavirus.

### § 1<sup>er</sup> - Principe

La garantie de subventionnement peut être accordée indépendamment du fait qu'une subvention ait été octroyée sur la base d'un décret ou, selon le cas, d'une loi relevant de la compétence de la Communauté germanophone, d'un arrêté réglementaire, d'un contrat de gestion, d'une convention de subvention ou d'un arrêté à portée individuelle.

Le principe, important, est que la garantie de subventionnement intervient lorsque les conditions d'octroi ou de liquidation d'une subvention demandée ne peuvent être respectées en raison des mesures fédérales d'urgence visant à atténuer la crise provoquée par le coronavirus. Cela inclut, le cas échéant, les conséquences à moyen et à long terme de la crise provoquée par le coronavirus. Il n'est pas important de savoir s'il s'agit d'une subvention structurelle, c'est-à-dire d'une subvention pour frais de personnel et de fonctionnement, ou d'une subvention individuelle (par exemple, pour un projet, une formation continue ou un équipement).

La garantie de subventionnement ne tient compte que des situations survenues à partir du 10 mars 2020. Si les coûts ou la réduction des activités sont manifestement liés à la crise provoquée par le coronavirus, ceux-ci peuvent aussi être invoqués pour la période suivant la levée des mesures « Corona ».

### § 2 - Mode de contrôle

Il n'est pas nécessaire de présenter une demande explicite de garantie de subventionnement. Cette garantie est appliquée d'office lors du contrôle normal des subventions : en cas de non-respect des conditions de subventionnement, la mesure dans laquelle cela est dû aux restrictions « Corona » est examinée. Si tel est le cas, la garantie de subventionnement est applicable.

S'il s'agit d'une subvention qui doit être justifiée par des dépenses, toutes les dépenses déjà engagées et tous les engagements déjà pris dans le cadre de l'activité sont considérés comme acceptables à titre de justificatif. Il est évident qu'il ne sera tenu compte que des dépenses effectives ou engagements pris. Ce principe ne sera relativisé que dans les cas où les subventions sont accordées de manière forfaitaire et où, par conséquent, les dépenses effectives ne peuvent de toute façon être invoquées.

Les établissements qui reçoivent des subventions structurelles pour les frais de personnel et de fonctionnement non seulement démontrent leurs activités sur la base de dépenses acceptables, mais doivent aussi respecter les critères sur le plan du contenu, de la qualité et de la quantité. Il s'agit surtout d'établissements du secteur non marchand qui fournissent des services importants à la population de la Belgique de l'Est. Afin de continuer à assurer les services publics de base, le Gouvernement accorde une attention particulière à ces organisations. Dès lors, un examen intermédiaire, anticipé, sera effectué cet été afin d'obtenir une première vue d'ensemble de l'impact que les mesures de lutte contre la crise provoquée par le coronavirus auront sur ces organisations, que ce soit au niveau du contenu ou de leur structure. Les mesures à long et moyen terme décidées en vue d'assurer les services publics de base et de préserver le secteur non marchand se baseront sur cet examen intermédiaire. Par analogie avec ce suivi particulier et anticipé des organisations à la suite de la crise provoquée par le coronavirus, celles-ci ne devront pas non plus introduire en 2021 l'habituel rapport d'activité.

§ 3 - Neutralisation de l'année calendrier 2020 par le biais de subventions

Le paragraphe 3 de cet article prévoit que l'année calendrier 2020 sera neutralisée par le biais de subventions dans deux domaines particulièrement pertinents.

a) *Frais de personnel* : Avec les aides financières « Corona », la Communauté germanophone souhaite protéger particulièrement les travailleurs et est prête à compenser d'éventuelles pertes de salaire par le biais de subventions.

Pour certains secteurs d'importance systémique, tels que l'accueil d'enfants, la Communauté germanophone garantit le maintien du paiement des salaires du personnel (voir l'arrêté du Gouvernement du 9 avril 2020 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants). Dans certains secteurs, il est impossible de continuer à travailler en raison des exigences fédérales en matière de lutte contre le coronavirus ou pour des raisons économiques. Le recours au chômage temporaire est alors possible dans ces cas. Par conséquent, lorsqu'un employeur compense sur ses ressources propres la différence entre l'allocation de chômage et le salaire net initial, ces dépenses sont reconnues comme des pièces justificatives acceptables par le biais des procédures de subventionnement.

La décision de verser ou non cette compensation incombe à l'employeur. Toutefois, les bénéficiaires de subventions sont en principe tenus d'utiliser les formes de soutien financier d'autres entités, comme le chômage temporaire.

D'autres primes supplémentaires ne sont pas acceptées par le biais des procédures de subventionnement.

b) *Périodes de soutien* : Dans certains domaines relevant de la compétence de la Communauté germanophone, des aides pluriannuelles sont accordées - pour une période de soutien fixe - à des pouvoirs organisateurs subsidiés de manière structurelle. Avant que le Gouvernement n'accorde une promesse ferme de soutien, les demandeurs suivent une procédure où est vérifié le respect de certaines conditions quantitatives et qualitatives au cours des années précédentes. Pour ces classifications, l'année calendrier 2020 est neutralisée afin de garantir que les conséquences de la crise provoquée par le coronavirus n'aient pas, pendant des années encore, une incidence au niveau des subventions.

*Article 2*

Cet article concerne l'augmentation des liquidités. Si nécessaire, les organisations auxquelles la Communauté germanophone verse une subvention pour les frais de personnel et de fonctionnement peuvent demander que les tranches mensuelles du deuxième trimestre 2020, c'est-à-dire avril, mai et juin, soient liquidées en une fois. Cela peut les aider, à court terme, à surmonter d'éventuels manques de liquidités. Il s'agit du versement anticipé de subventions déjà approuvées.

Toutes les organisations subsidiées de manière structurelle par la Communauté germanophone peuvent avoir recours à cette mesure. Il s'agit de toutes les organisations et établissements actifs dans le champ de compétence de la Communauté germanophone et qui, pour ces activités, reçoivent en 2020 des subventions ou dotations pour leurs frais de fonctionnement et de personnel.

Afin de recevoir en une fois les tranches mensuelles d'avril à juin, la demande doit être introduite au plus tard le 20 avril 2020; pour les tranches de mai à juin, au plus tard le 20 mai 2020.

*Article 3*

Le présent arrêté est adopté sur la base de pouvoirs spéciaux. Conformément à l'article 5.1, § 3, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020, il doit être confirmé par le Parlement de la Communauté germanophone dans un délai de six mois. Afin d'assurer une transparence maximale, l'arrêté est également transmis au président du Parlement immédiatement après son adoption.

*Article 4*

Cette disposition détermine l'entrée en vigueur du présent arrêté. Afin de pouvoir couvrir toutes les situations directement liées à la crise provoquée par le coronavirus, il doit entrer en vigueur avec effet rétroactif au 10 mars 2020. Cette rétroactivité est nécessaire pour les raisons exposées ci-dessus et est autorisée par l'article 5.1, § 2, deuxième alinéa, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020.

*Article 5*

Cet article concerne la disposition d'exécution du présent arrêté.

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

**30 AVRIL 2020. — Arrêté du Gouvernement n° 4 instaurant une garantie de subventionnement et une augmentation de liquidités pour les bénéficiaires de subventions en application de l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes, les articles 11 à 14;

Vu le décret de crise 2020 du 6 avril 2020, l'article 5.1, inséré par le décret du 27 avril 2020;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 23 avril 2020;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le gouvernement fédéral, dans le contexte de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19), a pris les 13, 18 et 23 mars, ainsi que les 3 et 17 avril 2020 - sur recommandation du Conseil national de sécurité - des mesures exceptionnelles ayant une incidence considérable sur la vie sociale; que les restrictions qui y sont liées ont pour effet que de nombreux établissements et organisations subventionnés par la Communauté germanophone ont dû cesser leurs activités et ne peuvent maintenir leur travail dans le volume prévu; que les conditions de subventionnement ne peuvent dès lors être respectées dans une multitude de secteurs; que la survie de ces établissements et organisations est directement menacée si l'application des conditions de subventionnement n'est pas immédiatement assouplie de manière temporaire, de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Considérant que l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020, inséré par le décret du 27 avril 2020, donne au Gouvernement la possibilité de prendre, sur la base de pouvoirs spéciaux, toutes les mesures nécessaires pour adapter en conséquence les conditions, modalités et procédures en matière d'octroi, de justification, de liquidation et de contrôle des subventions accordées par la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire et par dérogation à toute disposition d'un décret ou, selon le cas, d'une loi relevant de la compétence de la Communauté germanophone, d'un arrêté réglementaire, d'un contrat de gestion, d'une convention de subvention ou d'un arrêté à portée individuelle portant octroi de subventions et en fixant les conditions et l'affectation, la justification et les modalités de contrôle, les bénéficiaires d'une subvention demandée la recevront même s'ils ne sont pas en mesure de respecter les conditions d'octroi ou de liquidation.

L'alinéa 1<sup>er</sup> ne s'applique que si le bénéficiaire, en raison directe de l'épidémie ou de la pandémie de coronavirus (COVID-19) ou de ses effets, n'est pas en mesure de respecter une ou plusieurs conditions d'octroi ou de liquidation d'une subvention demandée. Seules les situations survenues à partir du 10 mars 2020 sont prises en considération.

§ 2 - L'examen du respect de la condition mentionnée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, s'opère d'office en tenant compte de tout moyen de droit, et ce, au plus tard :

1° d'ici le 31 août 2020 en ce qui concerne les subventions pour frais de fonctionnement et de personnel à liquider au cours de l'exercice budgétaire 2020, et ce, sans préjudice de la possibilité d'un examen trimestriel continu;

2° d'ici la date du contrôle ordinaire des subventions, telle que fixée dans les dispositions y relatives, pour toutes les autres subventions.

Le bénéficiaire soumet spontanément ou sur demande tous les documents pouvant être considérés comme justificatifs dans le cadre de l'examen, notamment lorsque la subvention doit, conformément aux dispositions y relatives, être justifiée par des dépenses effectives.

§ 3 - Si le bénéficiaire reçoit, dans le cadre d'un soutien pluriannuel, une subvention pour les frais de fonctionnement et de personnel, que celle-ci est liée au respect de conditions d'octroi ou de liquidation, et que ce respect doit être établi sur une période pluriannuelle, l'exercice budgétaire 2020 est neutralisé.

Si le bénéficiaire reçoit une subvention pour les frais de personnel et que celle-ci est liée au respect d'un certain capital emplois, l'exercice budgétaire 2020 est neutralisé.

**Art. 2.** Par dérogation à l'article 104, § 1<sup>er</sup>, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le bénéficiaire de subventions pour frais de fonctionnement et de personnel peut demander la liquidation anticipée des douzièmes du deuxième trimestre 2020.

La demande informelle est introduite :

1° au plus tard le 20 avril 2020 en vue de recevoir les douzièmes pour les mois d'avril, mai et juin;

2° au plus tard le 20 mai 2020 en vue de recevoir les douzièmes pour les mois de mai et juin.

**Art. 3.** Conformément à l'article 5.1, § 3, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020, le présent arrêté est transmis au président du Parlement de la Communauté germanophone immédiatement après son adoption.

**Art. 4.** Le présent arrêté produit ses effets le 10 mars 2020.

Par dérogation au premier alinéa, l'article 3 entre en vigueur le jour de l'adoption du présent arrêté.

**Art. 5.** Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 30 avril 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et du Sport, de l'Emploi et des Médias,

I. WEYKMANS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

H. MOLLERS

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/202116]

30 APRIL 2020. — Besluit van de Regering nr. 4 tot invoering van een subsidiegarantie en een liquiditeitsverhoging voor subsidieontvangers ter uitvoering van artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020

## VERSLAG AAN DE REGERING

### 1. ALGEMENE TOELICHTING

Naar aanleiding van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan, heeft het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap op 6 april 2020 het crisisdecreet 2020 aangenomen. Dat decreet voorziet in verscheidene maatregelen om ervoor te zorgen dat de overheden op het niveau van de gemeenten en de gemeenschap in staat zijn om te handelen. Op 27 april 2020 heeft het Parlement een crisisdecreet II aangenomen dat aanvullende maatregelen omvat om de economische gevolgen van de coronacrisis te beperken. Dat decreet bevat bijzondere maatregelen voor het werkgelegenheidsbeleid of de zorgberoepen en houdt daarnaast ook rekening met het aanbod en de diensten die door de Duitstalige Gemeenschap ondersteund of gesubsidieerd worden.

Zoals bekend zijn een groot aantal instellingen, organisaties, vzw's of soortgelijke instellingen - in het bijzonder in de non-profitsector - afhankelijk van subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap. Aan die subsidies zijn uiteraard kwantitatieve of kwalitatieve voorwaarden verbonden en in de regel kunnen die subsidies alleen worden uitbetaald als aan die voorwaarden wordt voldaan. Aangezien vele van die instellingen in de gegeven omstandigheden - vooral door

de federale maatregelen om de verspreiding van het coronavirus te beperken - een aantal van die voorwaarden niet zullen kunnen vervullen, zullen ze al snel in moeilijkheden geraken als er geen overgangsregeling komt om de toepassing van de subsidiëeringsvoorwaarden te versoepelen.

Precies daarom krijgt de Regering bij artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 bijzondere bevoegdheden om zo snel en efficiënt mogelijk te kunnen handelen. Die worden bij dit besluit uitgeoefend. Om de financiële gevolgen van de coronacrisis te beperken en de instellingen waarvan het economische voortbestaan gedeeltelijk op de helling staat, te ondersteunen, heeft de Regering besloten om de volgende financiële noodhulp te verlenen:

- subsidiegarantie (artikel 1 van dit besluit)
- liquiditeitsverhoging (artikel 2 van dit besluit)
- coronahulpfonds voor ontvangstenverlies en extra uitgaven (artikel 7 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020)

Hoewel op grond van spoedeisendheid dient te worden afgezien van een advies van de Raad van State, wordt een verslag aan de Regering opgemaakt en dit naar aanleiding van een aanbeveling van de Raad van State die gericht was aan de Brusselse Hoofdstedelijke Regering:

“Overeenkomstig artikel 3bis, § 1, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State worden koninklijke besluiten “die de van kracht zijnde wettelijke bepalingen kunnen opheffen, aanvullen, wijzigen of vervangen” samen met het advies van de Raad van State, afdeling Wetgeving, en een verslag aan de Koning bekendgemaakt.

Deze bepaling is niet van toepassing op besluiten van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering. Toch is het zinvol om het te nemen besluit vergezeld te laten gaan van een verslag aan de regering, waarin de draagwijdte en de concrete gevolgen van de erin vervatte regeling nader worden toegelicht. Een dergelijke verduidelijking zal zowel de burger als de diensten van de uitvoerende macht te goede komen, alsook het Brussels Hoofdstedelijk Parlement wanneer het overeenkomstig artikel 4, § 2, van de ordonnantie van 19 maart 2020 moet overgaan tot de bekrachtiging ervan.

In het bijzonder kan in een dergelijk verslag worden ingegaan op hetgeen hierna wordt opgemerkt. Ook bepaalde overwegingen die nu in de aanhef van het ontwerp voorkomen kunnen in het verslag worden opgenomen.” (Advies 67.146/1 van 27 maart 2020).

Aangezien die aanbeveling ook opgaat voor de Duitstalige Gemeenschap, gaat dit besluit ook vergezeld van een verslag aan de Regering.

## 2. ARTIKELSGEWIJZE BESPREKING

### Artikel 1

Dit artikel heeft betrekking op de subsidiegarantie. Door de annulering van openbare evenementen, het verbod op bepaalde activiteiten, de vereisten inzake ‘social distancing’ en de sluiting van instellingen staan heel wat organiserende instanties voor grote organisatorische en financiële uitdagingen. Geen enkele organiserende instantie die ondersteund wordt, mag, wat de subsidies betreft, nadeel ondervinden van de coronacrisis. Daarom zal de Duitstalige Gemeenschap de toegezegde subsidies garanderen.

Door de subsidieprocedures aan te passen, wordt er zekerheid gecreëerd voor de ondersteunde organisaties:

- Reeds goedgekeurde subsidies worden gegarandeerd manier uitbetaald, als activiteiten en projecten als gevolg van de coronacrisis geannuleerd of uitgesteld moeten worden of als verenigingen hun activiteiten slechts beperkt of helemaal niet kunnen uitvoeren;
- Voor alle activiteiten die als gevolg van de coronacrisis moeten worden geannuleerd, zijn alle kosten en verplichtingen die in verband met de activiteit zijn gemaakt of reeds zijn aangegaan, aanvaardbaar;
- De gebruikelijke voorwaarden voor het ontvangen van subsidies zullen worden versoepeld daar waar dat op grond van de gevolgen van de coronacrisis noodzakelijk is.

#### § 1 - Principe

De subsidiegarantie kan worden toegepast, ongeacht of een subsidie wordt toegekend op basis van een decreet of wet binnen het bevoegdheidssterrein van de Duitstalige Gemeenschap, een reglementair besluit, een beheerscontract, een subsidieovereenkomst of een besluit met individuele draagwijdte.

Belangrijk daarbij is het principe dat de subsidiegarantie van toepassing is als voorwaarden voor de toekenning of uitbetaling van een aangevraagde subsidie niet kunnen worden vervuld als gevolg van de dringende maatregelen van de federale regering om de coronacrisis in te dijken. Dat kan ook de gevolgen van de coronacrisis op middellange en lange termijn omvatten. Het maakt niet uit of het gaat om een structurele subsidie, d.w.z. een subsidie voor personeels- en werkingskosten, dan wel om een niet-structurele subsidie (bijvoorbeeld voor een project, een voortgezette opleiding of een uitrustingsvoorwerp).

Voor de subsidiegarantie komen alleen situaties in aanmerking die zich vanaf 10 maart 2020 hebben voorgedaan. Als kan worden aangetoond dat de kosten of de terugloop van de activiteiten het gevolg zijn van de coronacrisis, kunnen die ook nog worden aangevoerd voor de periode na de afschaffing van de coronamaatregelen.

#### § 2 - Controle

De subsidiegarantie hoeft niet uitdrukkelijk te worden aangevraagd. De subsidiegarantie wordt van ambtswege toegepast tijdens de normale subsidiecontrole: Als wordt vastgesteld dat de subsidievoorwaarden niet kunnen worden vervuld, wordt onderzocht in hoeverre dit het gevolg is van de coronamaatregelen. Indien dit het geval is, wordt de subsidiegarantie toegepast.

Als het gaat om een subsidie die gestaafd moet worden door uitgaven, dan zijn alle uitgaven en verplichtingen die in verband met de activiteit zijn gemaakt of reeds zijn aangegaan, als bewijsstukken aanvaardbaar. Het spreekt voor zich dat alleen daadwerkelijk gemaakte uitgaven of daadwerkelijk aangegane verplichtingen in aanmerking worden genomen. Dit principe wordt alleen gerelativeerd in gevallen waarin de subsidies op basis van forfaitaire bedragen worden toegekend en de werkelijke uitgaven sowieso niet kunnen worden ingebracht.



De instellingen die structurele subsidies voor personeels- en werkingskosten ontvangen, bewijzen hun activiteiten niet alleen op basis van aanvaardbare uitgaven, maar moeten bovendien aan inhoudelijke, kwalitatieve en kwantitatieve vereisten voldoen. Dit zijn meestal instellingen uit de non-profitsector die belangrijke diensten verstrekken aan de Oost-Belgische bevolking. Om de openbare diensten van algemeen belang te blijven garanderen, besteedt de Regering bijzondere aandacht aan die organisaties. Daarom zal in de zomer een vroege tussentijdse evaluatie worden uitgevoerd om een eerste algemeen beeld te krijgen van de impact die de coronamaatregelen op de inhoud en de structuur van die organisaties heeft gehad. Deze tussentijdse evaluatie vormt de basis voor de beslissing over verdere maatregelen op lange en middellange termijn om de openbare diensten van algemeen belang te vrijwaren en de non-profitsector in stand te houden. De organisaties krijgen niet alleen deze vroege follow-up naar aanleiding van de coronacrisis; in 2021 zullen ze voorts het gebruikelijke activiteitenverslag niet hoeven in te dienen.

#### § 3 - Neutralisering van het kalenderjaar 2020 via subsidies

Paragraaf 3 van dat artikel voorziet in de neutralisering van het kalenderjaar 2020 via subsidies op twee bijzonder relevante gebieden.

a) *Personeelskosten*: Met de financiële coronasteun wil de Duitstalige Gemeenschap in het bijzonder de werknemers beschermen en is zij bereid eventuele loonverliezen door middel van subsidies te compenseren.

Voor bepaalde systeemrelevante sectoren, zoals de kinderopvang, garandeert de Duitstalige Gemeenschap de doorbetaling van de lonen van het personeel (zie het besluit van de Regering van 9 april 2020 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang). In sommige sectoren kan als gevolg van de federale coronamaatregelen of 'op grond van economische oorzaken' niet worden voortgewerkt. In die gevallen kan gebruik worden gemaakt van tijdelijke werkloosheid. Als een werkgever het verschil tussen de werkloosheidsuitkering en het oorspronkelijke nettoloon in die omstandigheden uit eigen middelen compenseert, worden die uitgaven via de subsidieprocedures als aanvaardbare bewijzen erkend.

Het is aan de werkgever om te beslissen of die compensatievergoeding wordt betaald. De subsidieontvangers worden echter principieel aangemoedigd om gebruik te maken van de vormen van financiële steun van andere entiteiten, waaronder de tijdelijke werkloosheid.

Andere aanvullende premies worden niet geaccepteerd via de subsidieprocedures.

b) *Ondersteuningsperiodes*: Op sommige bevoegdheidsgebieden van de Duitstalige Gemeenschap wordt meerjarensteun voor een vaste ondersteuningsperiode toegekend aan organiserende instanties die structureel gesubsidieerd worden. Voordat de Regering een dergelijke steun toezegt, doorlopen de aanvragers een procedure waarbij wordt gecontroleerd of ze in de voorgaande jaren aan bepaalde kwantitatieve en kwalitatieve voorwaarden hebben voldaan. Voor die classificaties wordt het kalenderjaar 2020 geneutraliseerd, om ervoor te zorgen dat de gevolgen van de coronacrisis zich niet nog jarenlang laten voelen op het gebied van de subsidies.

#### Artikel 2

Dit artikel heeft betrekking op de verhoging van de liquiditeit. Indien nodig kunnen organisaties waaraan de Duitstalige Gemeenschap een subsidie voor personeels- en werkingskosten betaalt, vragen dat de maandelijks schijven voor het tweede kwartaal van 2020, d.w.z. april, mei en juni, in één keer worden betaald. Dat kan hen op korte termijn helpen om eventuele liquiditeitsproblemen op te lossen. Het gaat om de vooruitbetaling van reeds goedgekeurde subsidies.

Alle organisaties die door de Duitstalige Gemeenschap structureel gesubsidieerd worden, kunnen van die maatregel gebruik maken. Dit zijn alle organisaties en instellingen die binnen het bevoegdheidssterrein van de Duitstalige Gemeenschap actief zijn en in 2020 subsidies of dotaties voor werkingskosten en personeelskosten ontvangen voor die activiteiten.

Om de maandelijks betaling in schijven voor april-juni in één keer te ontvangen, moet de aanvraag uiterlijk op 20 april 2020 worden ingediend; voor de betalingen in schijven mei-juni moet de aanvraag uiterlijk op 20 mei 2020 worden ingediend.

#### Artikel 3

Dit besluit wordt aangenomen op grond van 'bijzondere machten'. Overeenkomstig artikel 5.1, § 3, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 moet het binnen zes maanden door het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap bekrachtigd worden. Met het oog op een zo groot mogelijke transparantie wordt het besluit dan ook onmiddellijk na de aanneming ervan aan de voorzitter van het Parlement toegezonden.

#### Artikel 4

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van dit besluit. Om alle situaties die rechtstreeks verband houden met de coronacrisis te kunnen bestrijken, dient dit besluit terug te werken tot 10 maart 2020. Die terugwerkende kracht is noodzakelijk om de hierboven uiteengezette redenen en is toegestaan op grond van artikel 5.1, § 2, tweede lid, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020.

#### Artikel 5

Dit artikel bevat de uitvoeringsbepaling van dit besluit.

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

### 30 APRIL 2020. — Besluit van de Regering nr. 4 tot invoering van een subsidiegarantie en een liquiditeitsverhoging voor subsidieontvangers ter uitvoering van artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de Gemeenschappen en de Gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof, artikelen 11 tot 14;

Gelet op het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, artikel 5.1, ingevoegd bij decreet van 27 april 2020;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 23 april 2020;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de federale regering op 13, 18 en 23 maart 2020, alsook op 3 en 17 april 2020, op advies van de Nationale Veiligheidsraad, buitengewone maatregelen heeft genomen om het hoofd te bieden aan de gezondheidscrisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan; dat die maatregelen verstrekkende gevolgen hebben voor het maatschappelijk leven; dat de daarmee verbonden beperkingen ertoe leiden dat veel instellingen en organisaties die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, hun activiteiten moesten annuleren en hun werk niet in de geplande omvang kunnen handhaven; dat instellingen en organisaties uit verscheidene sectoren bijgevolg niet aan de subsidiëeringsvoorwaarden kunnen voldoen; dat hun voortbestaan al snel in het gedrang komt als de toepassing van de subsidiëeringsvoorwaarden niet onmiddellijk tijdelijk versoepeld wordt; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende dat artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, ingevoegd bij het decreet van 27 april 2020, de Regering de mogelijkheid biedt om, op grond van bijzondere machten, alle nodige maatregelen te nemen om de voorwaarden, nadere regels en procedures voor de toekenning, staving, uitbetaling en controle van subsidies van de Duitstalige Gemeenschap aan te passen.

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit:

**Artikel 1.** § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen en in afwijking van alle bepalingen in de decreten en wetten binnen het bevoegdheidssterrein van de Duitstalige Gemeenschap, reglementaire besluiten, beheerscontracten, subsidieovereenkomsten en besluiten met individuele draagwijdte waarbij subsidies worden toegekend en waarbij de subsidiëeringsvoorwaarden, het doel, de staving en de nadere regels omtrent de controle van de subsidies worden vastgelegd, zullen de begunstigden een aangevraagde subsidie ontvangen, zelfs als ze niet aan de toekennings- en uitbetalingsvoorwaarden kunnen voldoen.

Het eerste lid is alleen van toepassing wanneer de begunstigde, als rechtstreeks gevolg van de epidemie of pandemie van het coronavirus (COVID-19) of de uitwerkingen ervan, één of meer voorwaarden voor de toekenning of uitbetaling van een aangevraagde subsidie niet kan vervullen. Alleen situaties die zich vanaf 10 maart 2020 hebben voorgedaan, komen daarvoor in aanmerking.

§ 2 - Of aan de voorwaarde bedoeld in § 1, tweede lid, wordt voldaan, wordt van ambtswege en met inachtneming van alle rechtsmiddelen uiterlijk op het volgende tijdstip gecontroleerd:

1° bij subsidies voor werkings- en personeelskosten die in het begrotingsjaar 2020 dienen te worden uitbetaald: uiterlijk op 31 augustus 2020, los van de mogelijkheid om een controle per kwartaal uit te voeren;

2° bij alle andere subsidies: op de gewone controledatum zoals die is vastgelegd in de bepalingen die aan de subsidie ten grondslag liggen.

De begunstigde dient spontaan of op aanvraag alle stukken in die in het kader van de controle als bewijsstuk gelden, in het bijzonder als de subsidie, volgens de bepalingen die aan de subsidie ten grondslag liggen, aan de hand van gedane uitgaven moet worden gestaafd.

§ 3 - Als de begunstigde in het kader van een meerjarensteun een subsidie voor werkings- en personeelskosten ontvangt en als die subsidie gedurende meerdere jaren gebonden is aan toekennings- en uitbetalingsvoorwaarden, dan wordt het begrotingsjaar 2020 geneutraliseerd.

Als de begunstigde een subsidie voor personeelskosten ontvangt en als die subsidie gebonden is aan een bepaald betrekkingenpakket, dan wordt het begrotingsjaar 2020 geneutraliseerd.

**Art. 2.** In afwijking van artikel 104, § 1, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap kan de ontvanger van subsidies voor werkings- en personeelskosten een vooruitbetaling van de twaalfden van het tweede kwartaal van 2020 aanvragen.

De aanvraag wordt zonder nadere formaliteiten ingediend en dit uiterlijk op de volgende datum:

1° uiterlijk op 20 april 2020 om de twaalfden voor de maanden april, mei en juni te ontvangen;

2° uiterlijk op 20 mei 2020 om de twaalfden voor de maanden mei en juni te ontvangen.

**Art. 3.** Overeenkomstig artikel 5.1, § 3, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 wordt dit besluit, onmiddellijk nadat het is aangenomen, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 4.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 10 maart 2020.

In afwijking van het eerste lid treedt artikel 3 in werking op de dag dat dit besluit wordt aangenomen.

**Art. 5.** De ministers zijn, ieder wat haar of hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 30 april 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,  
A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,  
I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
H. MOLLERS